



Philipp Müller: «Auf anonyme Kritik reagiere ich nicht»

# «Wer wahrgenommen werden will, braucht Krawallforderungen»

FDP-Präsident Philipp Müller über Ohrfeigen vom Volk und die Untätigkeit von Simonetta Sommaruga

Arthur Rutishauser (Text) und Sebastian Magnani (Foto)

**Bern** In der Schweizer Politik dreht sich alles um das Verhältnis zu Europa und den Umgang mit der SVP. Mit den angekündigten neuen Initiativen vergrössert sich der Graben im bürgerlichen Lager – der Tonfall gegenüber der FDP wird zunehmend gehässig.

**In der FDP wird heftig darüber diskutiert, ob SVP und FDP bei Wahlen noch gemeinsame Listenverbindungen eingehen können. Was sagen Sie dazu?**  
Listenverbindungen sind eine rein arithmetische Angelegenheit und vor allem Sache der Kantonalparteien. Es geht einzig darum, bei der Sitzverteilung allfällige Restmandate nicht dem Block der Links-Grünen zu überlassen. Aber wenn die SVP wirklich an allen angekündigten Initiativen festhält, also dem Vorhaben Landesrecht vor Völkerrecht, der Initiative zur sofortigen Kündigung des Freizügigkeitsabkommens und der Helikopterinitiative ...

**Was soll denn das für ein Begehren sein?**

... die Initiative, die nur noch Asylverfahren zulassen will, wenn der Asylsuchende per Flugzeug oder eben per Helikopter in die Schweiz gekommen ist. Wird das alles realisiert, gibt es bei den für die Listenverbindungen zuständigen Kantonalparteien wohl einige inhaltliche Diskussionen, insbesondere in der Romandie.

**Werden Sie zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien in der Europafrage in die Offensive gehen?**

Das ist nicht nötig. Der Bundesrat

verhandelt, und wir haben im Vorfeld unsere Position klargemacht. Die roten Linien sind gesetzt. Jetzt warten wir das Ergebnis ab und beurteilen es dann. Gleichzeitig ist zentral, dass die Wirtschaftsverbände dem Schweizervolk darlegen, warum für die Wirtschaft die Bilateralen derart wichtig sind.

**Die SVP hat aber die Deutungshoheit und behauptet, die Verträge seien nicht wichtig. Die anderen nimmt man inzwischen kaum mehr wahr.**  
Wenn Sie Lärm als Deutungshoheit ansehen wollen, dann müsste ich Ihnen zustimmen. Will man heute wahrgenommen werden, braucht es zunehmend Schwarzweisspolitik. Krawallforderungen, die überspitzt sind und nicht so formuliert sind, dass sie ein Problem lösen, sondern einfach Medienaufmerksamkeit erzeugen. Das ist nicht unser Ding. Wir wollen Lösungen für unsere Schweiz. Darum haben wir auch unsere Zukunftsstrategie ausgearbeitet, die unsere Werte Freiheit, Gemein-sinn und Fortschritt ins Zentrum stellt.

**Krawall machen Sie auch und stossen als Event-Manager Ihre eigene Basis ganz gehörig vor den Kopf.**

Ich bin kein Event-Manager, sondern Parteipräsident. Und dass ich meine Basis vor den Kopf stosse, ist eine reine These ohne Hintergrund. Es ist billig von den Medien, sich auf anonyme Zeugen zu berufen. Wer nicht mit seinem Namen zu seiner Aussage stehen kann, der soll schweigen.

**Nun, wer sich beim Zürcher FDP-Establishment umhört, das traditionell die FDP dominierte, der muss nicht lange suchen,**

**um Kritiker des Gipsermeisters Müller und seines hemdsärmeligen Stils zu finden.**

Wer ist denn dieses sogenannte Establishment? Hören Sie bitte mit diesen Klischees auf. Nochmals: Auf Kritik von anonymen Absendern gehe ich nicht ein. Wer kritisiert, soll mit seinem Namen dazu stehen und sich in den Gremien einbringen. Konstruktive Kritik ist wichtig, um weiterzukommen.

**In Deutschland sind die Liberalen aus dem Parlament geflogen und in der Bedeutungslosigkeit versunken. Droht der FDP dasselbe Schicksal?**

Ich gehe davon aus, dass Sie den Unterschied zwischen der deutschen und der schweizerischen FDP kennen. Auch reden wir von verschiedenen Politiksystemen. Die beiden Parteien lassen sich schlicht nicht miteinander vergleichen. Wir sind eine klassische Volkspartei mit rund 120 000 Mitgliedern, wir stellen die meisten Regierungsräte, am zweitmeisten Kantonsparlamentarier und am meisten Exekutivmitglieder in den Gemeinden. Von Bedeutungslosigkeit kann keine Rede sein, und das wissen Sie.

**Aber bei der Zuwanderung bestimmt die SVP die Agenda.**

Die Migration ist auch bei uns ein zentrales Thema, aber auch die Sicherheit, das Verhältnis der Schweiz zur EU, die Energie- und Umweltpolitik sowie vor allem auch die Verbesserung der Chancen von älteren Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt.

**Was bieten Sie für Lösungen?**  
Bei der Migration haben wir seit 2008 darauf hingewiesen, was bei der Zuwanderung schief läuft. Wir

haben aufgezeigt, dass das Freizügigkeitsabkommen nicht konsequent umgesetzt wird, dass die Einwanderung aus Staaten, die nicht der EU angehören, mit jährlich über 40 000 Menschen viel zu hoch ist und dass das Asylwesen aus dem Ruder läuft. All das haben wir mit Vorstössen im Parlament eingebracht, oftmals sogar Mehrheiten erreicht. Am 9. Februar hat das Volk eine Ohrfeige ausgeteilt, die zu verhindern gewesen wäre, wenn das zuständige Departement auch gehandelt hätte. **Trotzdem hat das Volk bei der Zuwanderung auch Sie und die FDP desavouiert. Laut Umfragen auch 30 Prozent Ihrer eigenen Basis.**

Das war ein lautes Murren unserer Basis. Es bringt eben nichts, immer neue Gesetze zu machen, wenn man nicht einmal die vorhandenen umsetzt. Ich habe manchmal das Gefühl, dass in der Schweiz nur zwei Gesetze konsequent umgesetzt werden: die Steuergesetzgebung und das Strassenverkehrsgesetz! Die zuständige Departementsvorsteherin ist jetzt wirklich gefordert.

**Soll man Justizministerin Simonetta Sommaruga das Dossier entziehen?**

Nein, aber sie soll endlich umsetzen, was beschlossen wurde.

**Warum lancieren denn nicht Sie einmal eine Initiative?**

Weil es keine Initiative braucht. Was es braucht, ist eine konsequente Umsetzung des bestehenden Rechts. Wir arbeiten im Parlament und versuchen Mehrheiten zu schaffen. Dazu haben wir mehrere Positionspapiere ausgearbeitet. **Das nützt doch nichts, Sie kommen nicht durch.**

Dies ist eine These ohne Hintergrund. Was glauben Sie eigentlich, was wir die ganze Zeit in Bern tun? Zu all diesen Papieren gibt es Vorstösse, und die finden oft Mehrheiten. Sie müssten sich nur mal die Mühe machen, die Fakten zu studieren.

**Welche Themen ausser der Immigration beschäftigt denn ihre Mitglieder?**

Ein grosses Thema ist die Situation von älteren Beschäftigten. Wir können ja nicht glaubwürdig das Rentenalter erhöhen, und gleichzeitig fällt es älteren Arbeitnehmern zunehmend schwerer, eine Stelle zu finden. Daher haben wir Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, altersunabhängige Pensionskassenbeiträge einzuführen. Diese sind vom Parlament angenommen worden. Damit legen wir einen Grundstein für bessere Chancen von älteren Arbeitnehmern bei der Stellensuche.

**Wie sollen Sie denn dem Fachkräftemangel begegnen, wenn die Zuwanderung eingeschränkt wird?**

Durch die Stärkung der inländischen Arbeitskräfte durch Aus- und Weiterbildung, keine weitere Verakademisierung der Berufsbildung, vermehrtes Nutzen des Potenzials von Frauen. All dies haben wir im Parlament eingebracht und im Ständerat eine Mehrheit gefunden. Der Nationalrat wird folgen. Leider dauert alles etwas zu lange. **Sie hätten ja mit Johann Schneider-Amman einen Bundesrat, der handeln könnte.** Der macht jetzt Druck durch die Lancierung seiner Fachkräfteinitiative, welche über 40 arbeitsmarktliche und bildungspolitische Massnahmen enthält.